

Pressemitteilung
Kiel, 19.05.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW Flensburg zum Armutsbericht des Bundes: Stadt muss mehr tun um die Armut zu bekämpfen □ Soziale Stadtteilzentren einrichten

Zu den Zahlen des heute veröffentlichten Armutsberichtes, wonach 13 % aller Bundesbürger von Armut betroffen sind, sagte die SSW-Kreisvorsitzende **Birgit Seidler**:

Leider ist auch Flensburg von der steigenden Armut betroffen. Darüber können auch die sinkenden Arbeitslosenzahlen nicht hinwegtäuschen, zumal viele Arbeitnehmer sehr schlechte Löhne bekommen. Gerade im Wahlkampf sprechen uns viele Menschen an, die sich über zu niedrige Bezahlung beklagen oder sich über die Höhe der Hartz IV-Sätze beschweren.

SSW-Fraktionsvorsitzende **Gerhard Bethge** fordert einen verstärkten Einsatz der Stadt um die Armut zu bekämpfen:

Obwohl natürlich die Hauptaufgabe der Armutsbekämpfung dem Bund zufällt, können und müssen wir auch auf kommunaler Ebene mehr tun. Der SSW hat bereits dafür gesorgt, dass alle kommunalen Unternehmen in Zukunft einen Mindestlohn von 7,50 Euro zahlen müssen, damit alle Beschäftigten von ihrem Lohn leben können sollen. Kurzfristig müssen wir gerade in den belasteten Gebieten Flensburgs soziale Stadtteilzentren einrichten. Nach der Vorstellung des SSW sollen die Zentren vor Ort eine Lotsenfunktion, zu Hilfen und Dienstleistungen insbesondere im Sozial-, Gesundheits-, und Jugendhilfebereich übernehmen und Anknüpfungspunkt für dezentrale Leistungen, wie z.B. die Streetworker für Jugendliche, sein.

Gleichzeitig sollen sie als Begegnungsstätten für verschiedene Bevölkerungsgruppen im Stadtteil funktionieren. Zentren können die aktuelle Armut nicht verhindern. Aber Armut stigmatisiert. Deshalb muss alles getan werden, um der Armut vorzubeugen. Langfristig müssen wir das Bildungssystem im Flensburg so gestalten, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen auf Ausbildung und Arbeit haben und damit Teilhabe an der Gesellschaft bekommen. Dazu gehört der weitere Ausbau der Gemeinschaftsschule und der Betreuungsplätze für die 0-3 Jährigen. Der SSW wird diese Maßnahmen, die auch ein Teil unseres Wahlprogramms sind, zügig voranbringen.